



TOP 14

Finanzielle Sicherung der PUA-Stelle

Bericht des Ausschusses für Diakonie

in der Sitzung der 15. Landessynode am 12. März 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohe Synode!

Der Antrag Nr. 21/15: Finanzielle Sicherung der PUA-Stelle wurde während der Sommersynode 2015 an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Diakonie verwiesen. In den Sitzungen am 25. September 2015 und 4. November 2015 hat sich der Ausschuss für Diakonie mit dem Antrag befasst.

Der Ausschuss für Diakonie hatte schon im Januar des vergangenen Jahres 2015 die Leiterin der PUA-Fachstelle für Pränataldiagnostik und Reproduktionsmedizin Frau Heinkel zu Gast in seiner Sitzung.

Ausführlich hat Frau Heinkel uns das Angebot und die Arbeit der PUA-Fachstelle vorgestellt, das sich sowohl an betroffene Frauen oder Familien als auch an die Öffentlichkeit richtet. Dieses ist voneinander streng und klar zu trennen. Das Angebot umfasst Information, Aufklärung und Beratung.

Pränataldiagnostik ist danach heute der Regelfall und ein scheinbar nahezu unausweichliches Angebot, dem sich werdende Eltern nur schwer entziehen können. Erste Aufgabe somit: Aufklären. Es gibt eine Entscheidung, ob eine pränatale Untersuchung stattfindet oder nicht und diese liegt bei den Eltern. Es gibt ein Recht auf Nicht-Wissen. Scheinbare Selbstverständlichkeiten können und müssen hinterfragt werden.

Kommt es nach einer Untersuchung zu einem auffälligen Befund wird von der PUA-Fachstelle kompetent beraten: Wie kann das Leben nach der Geburt dieses Kindes für dieses Kind, für seine Mutter, für die Familie aussehen? Welche Einschränkungen müssen bedacht werden? Wie wirken sie sich aus? Welche technischen, finanziellen und sonstigen Hilfen gibt es überhaupt? Welche Ansprechpartner helfen weiter und ermöglichen eine Perspektive?

Die Familien treffen heute auch hier zunehmend auf eine scheinbare Übereinkunft der Gesellschaft: Das muss man sich doch heute wirklich nicht mehr antun, wenn klar ist, dass bei dem Kind Veränderungen diagnostiziert werden. Und dieser Druck steigt.

Gerade auch aus der Sicht der Pränataldiagnostik bekommt das Bemühen um Inklusion einen weiteren Sinn kann es der Gesellschaft doch offener und unverklärter zeigen, was Behinderung überhaupt ist und bedeutet, wie Menschen mit Behinderungen im Leben klarkommen und wie ein Leben mit Behinderung aussehen und gelingen kann. Eine werdende Mutter, die dies aus der Nachbarschaft oder anderer persönlicher Begegnung kennt, kann eine bewusstere Entscheidung treffen als diejenige, die noch nie mit Menschen mit Behinderungen zu tun hatte und für die dies eine völlig fremde und ungewisse Welt ist, in die sie sich nicht hineinversetzen und die sie sich gar nicht vorstellen kann.

Chromosomentests ermöglichen künftig mit immer geringerem Aufwand eine Aussage über Genveränderung und mögliche Abweichungen und vermeintlich negative Auswirkungen. Der Weg zum Designerbaby scheint nicht mehr weit und nur schwer aufzuhalten.

Der Ausschuss für Diakonie ist der Ansicht, dass kirchlicher Druck über die ethische Richtigkeit einer Entscheidung vermieden werden muss. Es ist immer eine einzelne und eine persönliche Entscheidung zu treffen und diese dann auch zu respektieren. Nur so kann die PUA-Fachstelle glaubwürdig beraten und agieren.

Der Ausschuss für Diakonie hält die Arbeit mit Betroffenen und das in die Gesellschaft wirkende Signal der PUA-Fachstelle für enorm wichtig und sehr zeitgemäß. Einmal soll im diakonischen Sinne Menschen in einer schweren Situation direkte Hilfe zukommen, durch die persönliche Beratung und Aufklärung.

Zum anderen sind Hinweise hinein in die Gesellschaft immer notwendiger, die gängige Praxis und unreflektierten medizinischen Fortschritt und seinen Nutzen hinterfragt und kritisch beleuchtet. Welche unliebsamen Erscheinungen menschlichen Lebens werden schon früh erkannt und wer bestimmt was unliebsam und was künftig überhaupt noch erwünscht ist? Wo sind Grenzen erreicht, wo müssen diese auch gesetzt werden? Wird die Frage nach wertem und unwertem Leben hier nach Grafeneck 1940 wieder gestellt?

Diese oft auch unangenehmen Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt, gewinnen an Bedeutung und die Auseinandersetzung damit sollte gerade auch in unserer Kirche weiterhin geführt werden. Die PUA-Fachstelle führt diese Auseinandersetzung, sie erfüllt diese wichtige kirchliche Aufgabe, und sie sollte es unbedingt weiterhin tun.

Die Fachstelle wird zu je 50 % vom Diakonischen Werk Württemberg und der Landeskirche finanziert.

Der Ausschuss für Diakonie empfiehlt der Synode, den Antrag nicht weiter zu verfolgen, weil mittlerweile in Absprache mit dem Finanzausschuss der Antrag in die Mittelfristige Finanzplanung und den 1. Nachtrag 2016 aufgenommen wurde. Somit ist dem Anliegen des Antrags, eine Finanzierung bis 2020 sicherzustellen, Rechnung getragen.

Ich möchte abschließend Frau Heinkel meinen Dank aussprechen für Ihre wichtige und wertvolle Arbeit und ihr für deren Fortführung Kraft und Gottes Segen wünschen.

Vorsitzender des Ausschusses für Diakonie, Markus Mörke